Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 241 — Dresden, Dienstag den 14. Oktober 1924 — 35. Jahrg.

Die 800-Millionen-Anleihe

Am Dienstag und Mittwoch wird in London, Neuyork, Paris, Brüssel und in einigen andern europäischen Hauptstädten die 800-Millionen-Anleihe für Deutschland zur Zeichnung aufgelegt. Der aus Zinsfuß und Zeichnungspreis bestehende wirkliche Zinssatz beträgt etwa acht Prozent. Die ausländischen Bankkreise schätzen diese Anleihe, die erste, die Deutschland nach dem Kriege im Auslande aufnimmt, als eine sehr sichere und gute Kapitalsanlage. In Neuyork und London glaubt man deshalb, daß die Anleihe schon am ersten Tage überzeichnet werden wird.

Die vielfach gehörten Vermutungen, daß die Anleihe eine zusätzliche Last zu den deutschen Reparationslasten sei und die für normale Verhältnisse hohe Verzinsung auf Kosten Deutschlands gehe, ist falsch. Tilgung und Verzinsung der Anleihe gehen zu Lasten der Reparationsempfänger, wie das Sachverständigengutachten ausdrücklich sagt: „Der für den Schuldendienst dieser ersten und jeder späteren Anleihe erforderliche Betrag muß von den Summen abgezogen werden, die nach unserm Plane in späteren Jahren den Gläubigern Deutschlands zur Verfügung gestellt werden können. Tatsächlich ist die Anleihe nur eine Vorwegnahme der in Zukunft verfügbaren Summe, die — das muß betont werden — nach unsrer Ansicht die höchstmögliche und deshalb einer weiteren Erhöhung nicht mehr fähige Belastung darstellt."

Die Anleihe soll nach dem Sachverständigenplan dem doppelten Zweck dienen, die Stabilität der deutschen Währung zu sichern und die notwendigen Sachleistungen im ersten Jahre zu finanzieren. Der deutsche Haushalt soll im ersten Jahre vollkommen frei von Reparationszahlungen sein. Die Reparationsgläubiger haben also nur Anspruch auf Zahlung von 200 Millionen Goldmark aus dem Erlös der deutschen Bahnen und auf Sachlieferungen, soweit sie zusammen mit den deutschen Zahlungen auf Grund der 26prozentigen Ausfuhrabgabe und für Besatzungstruppen den Betrag, den die Anleihe tatsächlich erbringt, nicht überschreiten.

Die 800 Millionen Goldmark kommen sämtlich in vollwertiger Valuta nach Deutschland. Die Zahlungen daraus für die Reparationsgläubiger dürfen nur in Deutschland selbst, also in deutschem Gelde, ausgegeben werden. Die Valuta bleibt zur Verfügung Deutschlands und hat in erster Linie mit zur Schaffung der für die neue Goldnotenbank erforderlichen Goldreserven zu dienen.

Nach all diesen Bestimmungen ist diese Anleihe nicht allein bestimmt, im ersten Jahre Reparationsansprüche zu erfüllen, sondern auch dazu, der deutschen Wirtschaft festen Grund für die stabile Währung und in gewissem Umfange Betriebskapitalien für Importzwecke zu beschaffen. Der Devisenmarkt wird damit auf eine lange Frist hin auch gegen größte Ansprüche gesichert. Irgendwelche Gefahren für den Kurs des deutschen Geldes sind bei diesem großen Vorrat ausländischer Zahlungsmittel auf absehbare Zeit nicht zu befürchten.

Die Möglichkeit, fremde Rohstoffe und unentbehrliche Nahrungsmittel aus dem Auslande hereinzunehmen, bietet einen starken Antrieb für die endliche Ordnung der deutschen Wirtschaft und für die Erhöhung der Produktion. Selbst wenn sich die deutsche Handelsbilanz, die jetzt glücklicherweise einen Ueberschuß buchen kann, abermals verschlechtern und passiv werden sollte, würde doch mit Hilfe der 800 Millionen fremder Zahlungsmittel zunächst eine Erschütterung der Zahlungsbilanz, d. h. der Fähigkeit, eine größere Einfuhr mit fremdem Gelde zu bezahlen, abgewendet werden können.

Die Anleihe wird als neueingeschalteter Motor in der deutschen Wirtschaft wirken. Sie wird den bis jetzt nur schleichenden Gesundungsprozeß beschleunigen und vielleicht den Hauptteil der Kraft zur Verminderung der Erwerbslosigkeit in Deutschland ausströmen. Sie wird als Wirkung eine Erleichterung für den fest versteiften deutschen Kreditmarkt haben und der deutschen Wirtschaft billigere Kredite als in der letzten Vergangenheit ermöglichen. Die aus dem Geldmangel entstandene Kreditteuerung hat einen erheblichen Teil der deutschen Produktionseinschränkungen mitverschuldet. Betriebe, die ihrer Natur nach auf langfristige Kredite angewiesen sind, konnten bei den bisherigen Zinssätzen für geliehenes Geld doch nur in Ausnahmefällen den Kreditmarkt in Anspruch nehmen und auch dann nur, wenn die feste Sicherheit gegeben war, diese Zinslasten auf den Preis der Produkte abwälzen zu können.

Der Sachverständigenplan gewährt Deutschland eine Atempause. Die Anleihe hilft uns wesentlich dazu, erleichtert atmen zu können. Das Zustandekommen der Anleihe hat noch einen andern, zunächst nicht ziffernmäßig errechenbaren Vorteil. Sie erbringt für uns den positiven Nachweis, daß Deutschland in den Zeichnungsländern — und das sind die maßgebenden — seinen Kredit wiedererlangt hat. Das Vertrauen zu Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft ist im Auslande zurückgekehrt.

Erst mit dieser Anleihe ist die sichere Grundlage für eine Stabilisierung der deutschen Währungsverhältnisse, der feste Boden, auf dem sich die deutsche Wirtschaft neu aufbauen kann, hergestellt. Wir wissen, daß die Reparationslasten ein schweres Gewicht für uns sind. Aber wir dürfen von dem ersten Tage des Abschlusses der Anleihe an den guten Glauben hegen, daß wirs schaffen und zu dem Wiederaufbau der durch Kriegs- und Nachkriegswirkungen erschütterten europäischen Wirtschaft unsern ehrlichen Anteil beisteuern werden.

*

Die Anerkennung der Erfüllungspolitik

P. **Paris**, 13. Oktober. (Eig. Drahtm.) Die Reparationskommission hat am Montag die im Londoner Protokoll vorgesehene zweite Feststellung der effektiven Inkraftsetzung des Dawes-Planes vorgenommen. Es wird darin festgestellt, daß 1. Deutschland die folgenden ihm durch den Dawes-Plan auferlegten Maßnahmen vertragsgemäß erfüllt hat: a) Verabschiedung und Verkündung der zur Durchführung des Dawes-Planes erforderlichen Gesetze; b) Einsetzung aller in diesem Plan vorgesehenen Kontroll- und Exekutivorgane; c) die definitive Konstituierung der Goldemissionsbank sowie der Reichsbahngesellschaft; d) die Uebergabe der Zertifikate für die auszugebenden Eisenbahn- und Industrieobligationen an den Treuhänder; 2. daß durch die abgeschlossenen Verträge die Placierung der 800-Millionen-Anleihe gewährleistet sei. Der in seinem Wortlaut veröffentlichte Beschluß der Reparationskommission ist noch am Montag abend den Signatarmächten des Londoner Protokolls, dem Agenten für die Reparationszahlungen sowie den an der Emission der Anleihe beteiligten Bankengruppen offiziell notifiziert worden.

Die Repko hat weiterhin eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die den Zinsen- und Tilgungsdienst der 800-Millionen-Anleihe sicherzustellen bestimmt sind. Es wird darin u. a. festgestellt, daß die aus der Anleihe sich ergebenden Verpflichtungen mit einer ersten Hypothek auf das Vermögen und alle Einnahmen des Reiches ausgestattet sind und darüber hinaus ein Vorrecht auf alle Zahlungen genießen, die Deutschland an den Agenten für die Reparationen zu leisten hat. Die für den Zinsen- und Tilgungsdienst erforderlichen Beträge müssen jeweils 14 Tage vor Verfall im Besitz des Treuhänders sein und sind an diesen in monatlichen Raten abzuführen. Der dafür erforderliche Betrag beträgt auf Grund des augenblicklichen Kursstandes 91,5 Millionen Goldmark pro Jahr.

*

Wiedereinführung des Achtstundentages

Die Reichsregierung läßt melden: Am Donnerstag dieser Woche wird der besondere Arbeitsausschuß des R. W. R. zur Feststellung der Berufsgruppen, bei welchen der Achtstundentag wieder eingeführt werden soll, zu seiner ersten Beratung zusammentreten. Die Liste des Reichsarbeitsministeriums über die für den Achtstundentag in Betracht kommenden Berufe, die in Anlehnung an die Gliederung der Reichsstatistik aus Bergbau, Hüttenwesen, Metallverarbeitung, Stein und Erden, chemische Industrie und sonstigen Gruppen bestimmte Arbeiterkategorien herausgreift, liegt dem Reichswirtschaftsrat jetzt vor und ebenso sind eine Reihe von Ergänzungsanträgen von den Arbeitnehmern eingegangen. Die erste Beratung des Arbeitsausschusses wird zunächst einmal einen Arbeitsplan aufstellen. Weder im Reichswirtschaftsrat noch im Reichsarbeitsministerium rechnet man mit einer schnellen Erledigung der Streitfrage. Die Arbeitgeber werden wahrscheinlich darauf bestehen, daß auch Betriebsbesichtigungen vorgenommen werden. Die eigentliche Entscheidung fällt der Sozialpolitische Ausschuß.

Die ganze Art, wie hier noch immer der Achtstundentag lediglich als Ausnahmefall für gewisse Berufe festgesetzt werden soll, ist für die Feindschaft gegen den Achtstundentag bezeichnend. Es muß gefordert werden, daß das Arbeitszeitgesetz eine klare Festlegung des Achtstundentages als Regel bringt. Die entscheidenden Paragraphen des Gesetzes werden erst nach der Rückkehr des Reichsarbeitsministers von seinem Urlaub, der am 15. Oktober zu Ende ist, formuliert werden.

Der patriotische Meuchelmord

Roßbach-Mörder zu Zuchthaus verurteilt

Breslau, 13. Oktober. (Eigener Drahtb.) Der zur Zeit hier stattfindende Prozeß gegen Angehörige der verbotenen Organisation Roßbach wegen Ermordung ihres Gesinnungsgenossen, eines Zigarrenhändlers Hermann in Breslau, erregt großes Aufsehen. Die Angeklagten geben zu, daß sie dem Ermordeten aus verschiedenen Gründen einen Denkzettel geben wollten, und berufen sich auf die patriotischen Gründe ihres Handelns. Die Beweisaufnahme ergibt aber, daß sie ihre Tat offenbar nicht nur auf eine geringe Körperverletzung abgestellt hatten, sondern ganz bewußt die Tötung des Hermann verabredeten. Sie hatten u. a. Chloroform zu seiner Betäubung herangeschafft und verschiedene tödliche Instrumente vorher besorgt. Die Anklage nimmt daher an, daß jeder einzelne der Angeklagten den Tod des Hermann gewollt habe. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines Plädoyers am Montag gegen alle vier Angeklagten die Todesstrafe und betonte, daß es sich um eine ehrlose Tat, um einen feigen Meuchelmord handle. Gegen zwei Angeklagte wurden außerdem noch Nebenstrafen wegen Diebstahls beantragt. Die Verteidiger, die durchweg der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen Partei nahestehen, geben den Tatbestand der Tötung zu, suchen ihn aber als Körperverletzung mit Todesfolge darzustellen. Sie betonen außerdem in peinlicher Weise, daß man Patrioten, wie es die Angeklagten seien, eine solche Tat nicht allzu übelnehmen könne.

Das Breslauer Schwurgericht verurteilte heute sämtliche Angeklagten wegen Körperverletzung mit Todesfolge unter Versagung mildernder Umstände, und zwar Gebauer und Maher zu je sieben Jahren Zuchthaus, die Angeklagten Spreher und Tippel zu je fünf Jahren und drei Monaten Zuchthaus. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten die Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Der Wahlaufruf der Arbeiterpartei

S. **London**, 13. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Die drei großen englischen Parteien haben jetzt ihre Wahlmanifeste veröffentlicht. Der konservative Aufruf gibt der Labour Party die Schuld für den Wahlkampf und bezeichnet die Arbeiterregierung als einen Fehlschlag. Er fällt besonders auf durch einen starken sozialen Einschlag, der gleichzeitig mit der Aufstellung von Arbeiterkandidaten für die Konservative Partei Arbeiterstimmen retten soll.

Der Wahlaufruf der Labour Party trägt die Unterschriften von Macdonald, Henderson und Clynes. Er zählt zunächst die im Laufe der kurzen Regierungstätigkeit erfolgten außen- und innerpolitischen Leistungen auf und spricht von der erfolgreichen Arbeit zur Befriedung Europas und der Besserung der Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den Kolonien. In diesen Plan der Befriedung müsse auch Rußland einbezogen werden, und deshalb sei der Friede mit den Sowjets geschlossen worden, dessen Ratifikation in erster Linie der englischen Wirtschaft zugute kommen sollte. Im Innern sei die Labour Party durch ihre Hausbaupolitik, Erziehungs-, Agrar- und Arbeitslosenpolitik erfolgreich gewesen. Die Arbeitslosenzahl sei um 100 000 verringert worden. Dann wird auf das erfolgreiche Budget des Finanzministers Snowden hingewiesen und in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die Furcht der bürgerlichen Parteien vor einem zweiten Budget der Arbeiterregierung ein Hauptmotiv für die Beschleunigung der Wahlen durch die Konservativen und Liberalen gewesen sei. Der plötzliche Abbruch der Regierungsarbeit beeinträchtige die schwebende Gesetzgebung sehr und habe die Verabschiedung eines Gesetzes zur Verhinderung des Wuchers und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vorläufig unmöglich gemacht. Schließlich wird auf die Pläne der Arbeiterregierung für die kommenden zwölf Monate hingewiesen. U. a. spricht das Manifest von der Nationalisierung des Bergbaues, der Reorganisation der Elektrizitätswirtschaft mit dem Ziel einer billigen Versorgung der Industrie und der Landbesteuerung aus Gründen der Produktionssteigerung. Ueber diese unmittelbaren Pläne hinaus verkündet die Arbeiterpartei folgendes Programm: Reorganisation des gesamten Transportwesens, Vereinheitlichung der Eisenbahnen, Verstaatlichung der Transportmittel, Verhinderung des Preiswuchers durch Trusts und Kartelle, insbesondere bei Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Schutz vor übermäßiger Arbeitszeit für alle diejenigen Arbeitergruppen, die nicht unter den Achtstundentag im Sinne des Washingtoner Abkommens fallen. Das Manifest wendet sich zum Schluß gegen den Geist des Konservativismus, der die Welt unverändert lassen möchte, während die Labour Party für die schrittweise Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft eintrete.

*

Ein englischer Ordnungsblock noch nicht gelungen

S. **London**, 13. Oktober. (Eig. Drahtb.) Zwischen der offiziellen Leitung der konservativen und liberalen Partei ist über die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten gegen die Arbeiterpartei kein formales Uebereinkommen zustande gekommen. Es ist jedoch den einzelnen Parteileitungen in den Wahlkreisen überlassen worden, sich zu diesem Zwecke zu verständigen. In welchem Umfange das gemeinsame Vorgehen gegen die Arbeiterpartei praktisch Erfolg hat, wird sich also erst am nächsten Sonnabend, wenn die einzelnen Kandidaten nominiert sind, ersehen lassen.

Auch der Sohn Macdonalds ist als Kandidat der Arbeiterpartei aufgestellt worden. Da er sich gegenwärtig in Amerika befindet, führt bis zu seiner Rückkehr seine Schwester Isabel Macdonald den Wahlkampf für ihn.

*

Die Arbeiterpartei und die Kommunisten

Dem soeben in London abgehaltenen Parteitag der Labour Party hat das Exekutivkomitee dieser Partei den Antrag vorgelegt, das neuerlich gestellte Ansuchen der Kommunistischen Partei Englands um Aufnahme in die Labour Party abzulehnen und zu beschließen, daß kein Mitglied der Kommunistischen Partei als Kandidat der Labour Party aufgestellt werden soll. Zur Begründung dieses Antrages hat die Labour Party an ihre Unterverbände ein ausführliches Schreiben gerichtet, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Die Aufnahme der Kommunistischen Partei ist bisher stets abgelehnt worden, weil weder ihre Ziele, noch ihre Methoden mit denen der Labour Party übereinstimmen. Die Labour Party will das sozialistische Gemeinwesen mit Hilfe der Demokratie herbeiführen. Die Kommunistische Partei erstrebt die „Diktatur des Proletariats" mit Hilfe der bewaffneten Revolution. Die Kommunistische Partei ist der Ansicht, daß das Parlament und die übrigen Verwaltungskörper einfach Maschinen seien, die man nur benutzen soll, um sie zu zerstören. Sie hofft nicht auf den Aufstieg der Massen zur Höhe ihrer politischen Verantwortlichkeit; und sobald daher eine Minorität sich genügend stark fühlt, um die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Ordnung umzustoßen, erscheint es als gerechtfertigt, daß sie zu diesem Zweck die Gewalt, auch die bewaffnete Gewalt gebraucht. Und wenn die Massen, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241014/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG